

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

19. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. November 2001, 14:05 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Rolf Fischer (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Hermann Benker (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mitteilungen	5
2. Bericht über die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Volkshochschulen im Bereich Fremdsprachen	6
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	7
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/738	
4. Neufassung der Lehrerarbeitszeit	8
in der Landtagssitzung am 13. Juli 2001 mündlich erstatteter Bericht der Bildungsministerin (siehe CDU-Berichts Antrag Drucksache 15/1054 (neu))	
5. Nachwuchssicherung an beruflichen Schulen - Wege öffnen für Quereinsteiger	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1057	
6. a) Sprachheilpädagogische Förderung in Schleswig-Holstein	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1170	
b) Erhalt von Sprachheilgrundschulen	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/916	
7. Bericht des Bildungsministeriums in Sachen Stiftung Schloss Gottorf	11
8. Fremdsprachenunterricht an Grundschulen	12
a) Bericht der Landesregierung Drucksache 15/514	
b) Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/536	
9. Unterschutzstellung der KZ-Gedenkstätte Ahrensböök	14

10. Terminplanung für das erste Halbjahr 2002	15
11. Übertragung der Förderung der Ostsee-Akademie auf die Academia Baltica	16
12. Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mitteilungen

- a) Der Vorsitzende teilt mit, dass zahlreiche Protestschreiben von Schülerinnen und Schülern der **Abendschulen** eingegangen sind.

- b) Nachdem in der Sitzung des Parlamentarischen Einigungsausschusses am 28. September 2001 zum Umfang der **Aktenvorlage** zum Thema 35 Millionen-Defizit im Bildungsetat bei der Berechnung der Lehrpersonalausgaben keine Einigung erzielt werden konnte, kommt der Ausschuss überein, die ihm im Juli vorgelegten Akten an das Bildungsministerium zurückzugeben (vergleiche Umdruck 15/1524).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Volkshochschulen im Bereich Fremdsprachen

hierzu: Umdruck 15/1413

Herr Behrsing, Geschäftsführer des Landesverbandes der Volkshochschulen, betont das Anliegen, als Volkshochschule in die Schule zu gehen und dort Kurse - bisher in erster Linie Fremdsprachenkurse, insbesondere Spanisch - als freiwillige Arbeitsgemeinschaften anzubieten, um die Schülerinnen und Schüler frühzeitig an Weiterbildungs- und Volkshochschulangebote heranzuführen. Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt er mit, dass für die in der Schule angebotenen Volkshochschulkurse, die als Zusatzqualifikation im Zeugnis Berücksichtigung finden könnten, die regulären Entgelte (ohne Ermäßigung) zu zahlen seien. Für die Fort- und Weiterbildung der Lehrenden - im fremdsprachlichen Bereich vor allem Muttersprachler - und die Prüfungen sei der Landesverband als Landesprüfungszentrale für alle Volkshochschulen zuständig. Die Kooperation mit Schulen könnte und sollte auch mit Blick auf die zu schaffenden Ganztagsangebote auf die Bereiche I- und K-Techniken, Gesundheitsbildung und politische Bildung erweitert werden.

M Erdsiek-Rave stellt klar, dass es gemäß Absprache zwischen Volkshochschule und Schulträger hinsichtlich der Nutzung von Unterrichtsräumen in Schulen keine Probleme geben dürfte.

Der Ausschuss erwartet zu gegebener Zeit einen Erfahrungsbericht über die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Volkshochschulen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/738

hierzu: Umdrucke 15/1163, 15/1164, 15/1207 bis 15/1211, 15/1219, 15/1224, 15/1229, 15/1235, 15/1328

Abg. de Jager äußert, er fühle sich durch das Ergebnis der schriftlichen Anhörung bestätigt, dass hinsichtlich der Annahme von Spenden an Schulen eine Klarstellung im Schulgesetz wie in anderen Bundesländern erfolgen sollte und damit das eindeutige Signal gegeben werde, dass Schul sponsoring erlaubt sei.

Abg. Weber weist darauf hin, dass die eingeholten Stellungnahmen ein differenziertes Bild ergäben und die Angehörten keineswegs einhellig eine gesetzliche Regelung für erforderlich hielten. Den von der CDU eingebrachten Gesetzentwurf lehne man ab und favorisiere stattdessen begleitende, beratende Maßnahmen wie eine Handreichung des Ministeriums.

Abg. Birk macht deutlich, dass sie eine gesetzliche Normierung insbesondere deswegen ablehne, weil dadurch eine Ausweitung des Schul sponsoring befürchtet werde, die sie wie viele Betroffene nicht wolle.

M Erdsiek-Rave führt aus, sie sehe keinen Bedarf für eine Ergänzung des Schulgesetzes und ziehe mit der Erstellung einer Handreichung für die Schulen und der Beratung durch die Schulaufsicht den pragmatischen Weg vor. Für Schul sponsoring gebe es im Lande viele positive Beispiele.

Der CDU-Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Neufassung der Lehrerarbeitszeit

in der Landtagssitzung am 13. Juli 2001 mündlich erstatteter Bericht der Bildungsministerin

(siehe CDU-Berichts Antrag Drucksache 15/1054 (neu))

(überwiesen am 13. Juli 2001)

Die Abgeordneten de Jager und Dr. Klug kritisieren, dass die Ministerin mit ihrer Entscheidung zur Mehrarbeit für Gymnasial- und Berufsschullehrer die Ergebnisse mehrerer Studien zur Arbeitszeitbelastung gerade dieser beiden Berufsgruppen ignoriere.

M Erdsiek-Rave führt aus, von der Arbeitszeitverlängerung für Beamte des Landes seien die Grund- und Hauptschul- sowie Realschullehrer ausgenommen worden, deren Unterrichtsverpflichtung bereits vergleichsweise hoch sei. Die im Gutachten von Mummert + Partner zur Arbeitszeitbelastung der Lehrkräfte insgesamt getroffenen Aussagen und Konsequenzen müssten differenziert bewertet werden. Über Erfahrungen mit der Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte an ausgewählten schleswig-holsteinischen Schulen (vergleiche entsprechende Broschüre des Bildungsministeriums) könne sie dem Ausschuss nach Ende des laufenden Schuljahres berichten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Nachwuchssicherung an beruflichen Schulen - Wege öffnen für Quereinsteiger

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1057

(überwiesen am 13. Juli 2001)

Abg. Eisenberg stellt das Anliegen heraus, sowohl fachlich als auch gleichermaßen pädagogisch qualifizierten Berufsschullehrernachwuchs zu gewinnen.

M Erdsiek-Rave nimmt zu den drei Punkten des CDU-Antrages wie folgt Stellung:

1. Die neue Lehrerlaufbahnverordnung, die zum 1. Februar 2002 in Kraft trete, öffne das Referendariat für alle Schularten für Bewerber mit anderem Hochschulabschluss als dem Staatsexamen.
2. Quereinsteiger könnten unter Umgehung des aufwendigen Verfahrens für andere Bewerber über den Landesbeamtenausschuss über ein institutionalisiertes Testverfahren unter der Bedingung der pädagogischen Nachqualifizierung unmittelbar als Beamte auf Probe mit einer verlängerten Probezeit von vier Jahren eingestellt und sollten nicht zum Nachholen des Zweiten Staatsexamens verpflichtet werden.
3. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in Deutschland werde der Beruf des Lehrers nach ihrer Einschätzung wieder an Attraktivität gewinnen.

Abg. Birk bittet das Ministerium, den Ausschuss über den Erfolg der Maßnahmen zur Nachwuchssicherung an beruflichen Schulen zu gegebener Zeit zu unterrichten. Außerdem setzt sie sich dafür ein, auch und gerade im Berufsschulbereich Lehrkräfte mit Migrationshintergrund einzustellen.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, Punkt 1 des CDU-Antrages unverändert anzunehmen und in Punkt 2 die beiden letzten Sätze zu streichen. Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU lehnt der Ausschuss Punkt 3 des CDU-Antrages ab.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Sprachheilpädagogische Förderung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1170

(überwiesen am 27. September 2001 an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

b) Erhalt von Sprachheilgrundschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/916

(überwiesen am 9. Mai 2001)

Abg. Eisenberg hält es für notwendig, die Sprachheilgrundschulen als eine besondere Säule der Förderung zu erhalten, und stellt zum Bericht der Landesregierung eine Reihe kritischer Fragen.

M Erdsiek-Rave stellt heraus, dass für die Landesregierung Prävention und Integration Priorität vor stationärer Förderung von sprachauffälligen Schülerinnen und Schülern hätten.

Frau Martens weist darauf hin, dass ihre Untersuchungen von 580 Schullaufbahnen ergeben hätten, dass sich der Besuch der Sprachheilgrundschule für Schülerinnen und Schüler für ihren weiteren Schullebensweg beziehungsweise das Erreichen eines späteren Schulabschlusses als vergleichsweise ungünstig erwiesen habe. Die Sprachheilgrundschulen, die inzwischen verstärkt integrativ arbeiteten, sollten nicht abgeschafft werden und würden auch in der neuen Ordnung für Sonderpädagogik als besondere Form der Sonderschule enthalten bleiben.

Abg. Birk lobt die Arbeit und das Konzept der sprachheilpädagogischen Förderung im Lande ausdrücklich.

Die Abgeordneten de Jager und Eisenberg beklagen, dass M Erdsiek-Rave im Laufe der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung vorzeitig verlässt und damit nicht mehr die politische Spitze des Bildungsministeriums als Ansprechpartner für die Abgeordneten für die nachfolgenden Tagesordnungspunkte zur Verfügung steht.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums in Sachen Stiftung Schloss Gottorf

(vergleiche Haushaltsberatungen am 8. Oktober 2001)

Der Ausschuss mahnt abermals die Abgabe des jährlichen Berichts des Stiftungsrates an den Landtag gemäß § 6 Abs. 3 des Stiftungsgesetzes vor Abschluss der Haushaltsberatungen an und erwägt mögliche Sanktionsmaßnahmen (Sperrung von Haushaltsmitteln für die Stiftung).

Punkt 8 der Tagesordnung:

Fremdsprachenunterricht an Grundschulen

a) Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/514

b) Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/536

(überwiesen am 17. November 2000)

hierzu: Niederschrift über die vom Bildungsausschuss in seiner 14. Sitzung am 5. April 2001 durchgeführte Anhörung

Abg. Storjohann lehnt das von der Landesregierung verfolgte Fremdsprachenbegegnungskonzept ab und fordert die Einführung von Englisch als ordentliches Unterrichtsfach an allen schleswig-holsteinischen Grundschulen. Finanzierungsprobleme sehe die CDU nicht, weil der Englischunterricht aus den weiterführenden Schulen lediglich vorverlagert werde.

Abg. Dr. Klug lehnt den CDU-Antrag ab und vermisst seitens der CDU entsprechende Finanzierungsvorschläge. Er spreche sich für einen praktikablen Weg aus, das Begegnungskonzept der Landesregierung weiter zu verfolgen und sich dort, wo es die sächlichen und personellen Voraussetzungen ermöglichen (zum Beispiel Schule Altenholz), die Immersionsmethode entwickeln zu lassen.

Abg. Birk unterstützt ein solches Vorgehen, das schon mit Blick auf die Auswirkungen auf die weiterführenden Schulen freilich einer gewissen Rahmensetzung durch das Bildungsministerium bedürfe, macht aber keinen Hehl daraus, dass auch sie es bedaure, dass es mit Blick auf die Finanzlage nicht gelungen sei, einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten, und dass das Thema in den nächsten Monaten weiter erörtert werden müsse.

Abg. Spoorendonk erinnert daran, dass es neben Englisch um weitere Sprachen entsprechend dem von der Universität Flensburg vorgetragenen Konzept der Nachbarschaftsdidaktik (Friesisch) gehe.

Abg. de Jager äußert sich enttäuscht darüber, dass die anderen Fraktionen keine Vorschläge zur flächendeckenden Einführung von Englisch als Unterrichtsfach an Grundschulen unterbreiteten und den CDU-Vorstoß ablehnten, zu dem die CDU in ihren Haushaltsanträgen einen Vorschlag machen werden.

Abg. Weber stellt klar, dass man dem Ansinnen der CDU, den Einstieg in den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen zu gehen, nicht ablehnend gegenüberstehe. Weil aber zurzeit die Einführung eines flächendeckenden Englischunterrichts an allen Grundschulen des Landes finanziell nicht umzusetzen sei, plädiere er dafür, in den nächsten Jahren im Grundschulbereich nicht in dem Maße Lehrerstunden abzuziehen, wie die Schülerzahlen zurückgingen, sondern einen Teil für den Einstieg in den Fremdsprachenunterricht vorzusehen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis und lehnt den CDU-Antrag mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU ab.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Unterschutzstellung der KZ-Gedenkstätte Ahrensböök

hierzu: Umdruck 15/1620

Einstimmig nimmt der Ausschuss den interfraktionellen Antrag Umdruck 15/1620 an.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2002

Der Ausschuss beschließt folgende Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2002:

17. Januar, 7. Februar, 14. März, 25. April, 23. Mai und 13. Juni 2002.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Übertragung der Förderung der Ostsee-Akademie auf die Academia Baltica

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/1579

Abg. Weber schließt sich der vom Finanzausschuss am Vormittag einstimmig empfohlenen Entsperrung der Haushaltsmittel für die neue Academia Baltica an.

Abg. Birk möchte sichergestellt wissen, dass mit der Entsperrung der Mittel keine Festschreibung einer institutionellen Förderung der neuen Einrichtung verbunden sei

Abg. Dr. Klug begrüßt ausdrücklich die Beschlussfassung des Finanzausschusses und würdigt die Arbeit der neuen Academia Baltica.

Abg. de Jager stellt die Zustimmung der CDU-Fraktion unter den Vorbehalt, dass die erbetenen Informationen zugeleitet werden.

Der Ausschuss hält fest, dass mit der vom Finanzausschuss ausgesprochenen Entsperrung der Haushaltsmittel für die Academia Baltica für dieses Jahr keine Vorentscheidung über die zukünftige Art der Förderung getroffen wird.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Schwarz regt an, Anfang nächsten Jahres ein Gespräch mit Vertretern von „Schüler Helfen Leben“ zu führen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 17:20 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer